

# Niederschrift BMB/009/2011

über die öffentliche Sitzung des Beirates für Menschen  
mit Behinderung der Stadt Rheine  
am 12.12.2011

Die heutige Sitzung des Beirates für Menschen mit Behinderung der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungsraum 104 des Neuen Rathauses.

## Anwesend als

### Vorsitzender:

Herr Heinrich Thalmann

Mitglied / Vorsitzender

### Mitglieder:

Herr Ludger Albers

Mitglied / stellv. Schriftführer

Frau Claudia Hilbig

Mitglied / Schriftführerin

Herr Claus Meier

Mitglied / stellv. Vorsitzender

Frau Barbara Paus

Mitglied

Herr Hermann-Josef Wellen

Mitglied

Herr Wilfried Wewer

Mitglied

### Vertreter:

Frau Marlies Scheinert

Vertretung für Frau Marion Löchte

### Gäste:

Herr Hans Gerd Hüsken

Mitglied Seniorenbeirat

Frau Esther Winking

Gebärdensprachdolmetscherin

### Verwaltung:

Frau Angelika Hake

**Entschuldigt fehlen:**

**Mitglieder:**

Frau Marion Löchte

Mitglied

Herr Thalmann begrüßt alle Anwesenden und fragt nach Ergänzung der Tagesordnung.

Herr Wellen möchte unter Punkt TOP 7 den Sachverhalt Behindertenparkplätze am Mathias-Spital im Beirat besprechen.

**Öffentlicher Teil:**

**1. Information und Bericht der Verwaltung**

Frau Hake berichtet:

Der Sozialexperte Dr. Harry Fuchs aus Düsseldorf hat am 6. Dezember 2011 vor den Mitgliedern des Rates, der Ausschüsse und der Beiräte der Stadt Rheine sowie vor Verwaltungsfachleuten ein Referat zum Thema: „UN-Behindertenrechtskonvention – Auswirkungen auf die Kommunen“ gehalten. Das Referat wird im Internet auf der Seite der Stadt Rheine unter [www.Rheine.de/Gesellschaft](http://www.Rheine.de/Gesellschaft), Soziales und Gesundheit, 2 Versionen, einmal als Original und als Vortrag in Schreibweise schwarz auf weiß, downzuloaden sein.

**2. Aktivitäten und Arbeitsergebnisse des Beirates u. a.  
- Abfrage Freizeitgestaltung für Menschen mit Behinderung**

Herr Thalmann berichtet, dass Frau Annette Roes, Sozialer Dienst der Werkstatt für Menschen mit Behinderung, eine Abfrage zum Freizeitverhalten der WfbM-Beschäftigten durchgeführt habe. Abgefragt wurde, in welchen Vereinen die Beschäftigten eingebunden sind, welche kulturellen Angebote sie wahrnehmen, was sie an einer Teilnahme hindert und was sie sich für Angebote in der Freizeit wünschen. Dabei wurde deutlich, dass viele Beschäftigte bereits in Vereinen sind, aber die fehlende Barrierefreiheit bzw. Mobilität und zu geringes Einkommen es schwer machen würden. Herr Thalmann merkt an, dass nur ein Teil der Menschen mit Behinderung diese Abfrage erfasse; es sei sinnvoll, auch Schulen und Kindergärten mit einzubeziehen.

Herr Wewer bringt ein, dass den Beirat nicht die Angebotspalette interessieren sollte, sondern wo es „nicht funktioniert“.

Herr Thalmann unterstreicht, dass es wichtig ist, dass nicht nur die Nutzer, sondern auch die, die die Angebote gestalten, befragt werden. (Welche Angebote machen z. B. die Werkstätten für behinderte Menschen oder welche Angebote werden von den Wohnheimen für ihre Bewohner durchgeführt?)

Frau Hake ergänzt, dass nicht nur auf die Angebote geschaut werden sollte, sondern auch auf die äußeren Strukturen (ist ein Veranstaltungsraum barrierefrei, sind Induktionsschleifen vorhanden, wie ist die Beleuchtung etc.?).

Herr Wewer macht den Vorschlag, den Kulturdezernenten der Stadt Rheine zur nächsten Beiratssitzung einzuladen.

Frau Hake schlägt vor, neben dem Dezernenten auch den Fachbereichsleiter für Bildung, Kultur und Sport, Herrn Dr. Thorben Winter, einzuladen.

Dazu ergänzt Herr Thalmann, auch den Stadtsportverband einzubeziehen. Zur Vorbereitung ist es wichtig, die Barrierefreiheit der unterschiedlichen Behindertungsbilder zu definieren.

Frau Hake berichtet, dass im Rahmen des Zwischenberichtes der Landesregierung „eine Gesellschaft für alle – NRW inklusiv“ ein Signet entworfen worden ist, in dem 400 Kriterien zur Barrierefreiheit festgelegt und beschrieben wurden. An diesem Kriterienkatalog kann sich der Beirat orientieren. Frau Hake wird über die Landesregierung entsprechendes Material anfordern und dem Beirat zur Verfügung stellen.

### **3. Landesbauordnung NRW - Verfahrenssachstand: Barrierefreiheit im Baugenehmigungsverfahren**

Frau Hake berichtet, dass in § 55 der Landesbauordnung Nordrhein-Westfalen (BauO NRW) in der Fassung vom 1. März 2000 zwischen Besucher und Nutzer öffentlich zugänglicher baulicher Anlagen unterschieden wird. Diese Unterscheidung soll per Gesetzesverordnung aufgehoben werden. Für das Baugenehmigungsverfahren in den Bauämtern ist nun auch die Erläuterung zur DIN-Norm 18040 bindend.

### **4. Vorstellung des Aktionsplanes der Landesregierung (optional bei Veröffentlichung)**

Der Sozialminister, Herr Guntram Schneider, hat in dem Gespräch mit dem Koordinator und Behindertenbeauftragtem des Landes Nordrhein-Westfalen am 9. Dezember 2011 in Düsseldorf mitgeteilt, dass der Aktionsplan noch nicht verabschiedet werden könne, da der Bereich Schule und Bildung noch in den Aktionsplan mit eingearbeitet werden müsse. Hintergrund sei ein Antrag der CDU-Landtagsfraktion zur „inkluisiven Schule“, der mitberücksichtigt werden soll.

## **5. Signet "NRW ohne Barrieren" - aktueller Sachstand**

Es geht um die Weiterentwicklung des Signets Nordrhein-Westfalen ohne Barrieren. Der Landesbehindertenbeirat, das Land NRW und der Beauftragte der Landesregierung für die Belange der Menschen mit Behinderung und die Selbsthilfe hatten sich darauf verständigt, das Signet NRW ohne Barrieren weiterzuentwickeln. Es liegt derzeit ein Katalog mit 400 erarbeiteten Kriterien zur Barrierefreiheit vor, der derzeit in einer Modellphase überprüft wird. Neu ist das Projekt Bestandsaufnahme NRW. Es sollen verlässliche Daten zur Barrierefreiheit öffentlich zugänglicher Einrichtungen in NRW nach landesweit einheitlichen Standards erhoben und über ein barrierefreies Internetportal zur Verfügung gestellt werden. Ziel ist es, den Bürgerinnen und Bürgern zu ermöglichen, aufgrund der veröffentlichten Informationen selbst entscheiden zu können, ob eine bestimmte Einrichtung entsprechend der individuellen Bedarfslage nutzbar ist oder nicht. Federführend für dieses Projekt ist das Ministerium Arbeit, Integration und Soziales. Der Kriterienkatalog des Signets wird derzeit in einer Modellmaßnahme auf seine Praxistauglichkeit geprüft und umgesetzt. Nach dieser Phase soll dann mit den entsprechenden Kriterien eine Datenbank aufgebaut werden.

## **6. Berichte aus den Ausschüssen**

Herr Wellen berichtet aus dem Seniorenbeirat. Es habe Kritik gegeben wegen unzureichender Parkmöglichkeiten am Gesundheitstag direkt vor dem Autohaus Senger für gehandicapte Personen.

### – Ausbau Poststraße

Die Poststraße soll in 2 Stufen ausgebaut werden, der untere Teilbereich soll fußgängerzonenähnlich ausgebaut werden mit einer für den Verkehr beschränkten Geschwindigkeit in Höhe von 20 km pro Stunde. Es sollen nur 4 Parkplätze angeboten werden, 2 davon als Behindertenparkplätze und 2 als Kurzzeitparkplätze. Der Fahrradweg wird in den Bürgersteigbereich miteinbezogen. Der obere Abschnitt der Straße wird zwar ausgebaut, bleibt aber in seiner Form mit den Parkplätzen und auch mit den 2 Behindertenparkplätzen so bestehen, wie die Straße derzeit gestaltet ist. Die Umbaumaßnahmen sollen im Frühjahr beginnen.

Herr Wellen berichtet aus dem Stadtentwicklungsausschuss Folgendes:

Im zweiten Teil des Wohnparks Dutum ist ein Sondergebiet mit einer Service-wohnanlage geplant. Es handelt sich um die Fläche zwischen der Neuenkirchener Straße, Zeppelinstraße und der Dutumer Straße. Inmitten dieser Fläche soll die Servicewohnanlage Dutumer Berg mit 20 zweigeschossigen Häusern in Flachdachbauweise entstehen. Die Häuser sollen barrierefrei in einer Art Kreis gebaut werden. Jedes Haus besitzt einen Hydraulikaufzug. Da die Häuser gruppenförmig angelegt sind, wird eine Art Mittelplatz entstehen, der als Treffpunkt der Bewohner und Bewohnerinnen dienen soll. Die Beheizung der Häuser soll durch ein Blockheizkraftwerk erfolgen bzw. sollen Sonnenkollektoren auf allen Häusern angebracht werden. Der Service für die Bewohner bzw. soziale Dienste können je nach Bedarf organisiert werden. Die Zielgruppe für diese Häuser ist die Altersgruppe 55 plus.

## **7. Informationen, Anregungen, Termine**

Als neue Termine für die Beiratssitzungen für 2012 sind vorgesehen: 30. Januar 2012, 5. März 2012, 11. Juni 2012, 3. September 2012 und 5. November 2012.

– Antrag auf Behindertenparkplätze am Mathias-Spital (Ergänzung)

Herr Wellen berichtet über die Parkplatzsituation am Mathias-Spital, insbesondere bittet er den Beirat, sich dafür einzusetzen, dass die Anzahl der Behindertenparkplätze auf privatem Grund des Spitals erhöht werden soll. Als vergleichbares Beispiel nennt er die höhere Anzahl an Behindertenparkplätzen am Elisabeth-Krankenhaus in Ibbenbüren, das auch organisatorisch zur Mathias-Stiftung Rheine gehört. Geklärt werden muss noch die genaue Anzahl der Behindertenparkplätze im Verhältnis zu dem Gesamtangebot der Parkfläche in unmittelbarer Nähe des Krankenhauses.

## **8. Verschiedenes**

Frau Baars merkt an, dass in einigen Stadtbussen immer noch die Zusatzbeschilderung für gehandicapte Menschen fehlt. Ferner merkt sie an, dass Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Köpis am Wochenende auf den in der Nähe befindlichen Behindertenparkplätzen stehen würden. Ein entsprechender Hinweis wird an den Fachbereich Recht und Ordnung gehen.

Frau Hake berichtet, dass in der Tiefgarage im Rathaus erstmals ein Kassenautomat barrierefrei auf fünfundachtziger Höhe umgestellt worden sei.

***Ende der Sitzung:***

***19:15 Uhr***

gez.

Heinz Thalmann  
Beiratsvorsitzender

Claudia Hilbig  
Schriftführerin